

STANDPUNKT

Die Union muss wieder Lust auf Zukunft verbreiten

Von Wolfgang Steiger

Die K-Frage ist entschieden, jetzt muss die Union schleunigst ihr Profil schärfen, vor allem in der Wirtschaftspolitik. Es gilt, ein stringentes Zukunftskonzept für das „Modernisierungsjahrzehnt“ vorzulegen, das von einer starken Mannschaft um Armin Laschet verkörpert wird. Die Wirtschaftskompetenz der Partei ist in den vergangenen Jahren zu oft vernachlässigt, in Kompromissen verwässert und dem brüchigen Koalitionsfrieden geopfert worden. Lust auf Zukunft weckt man so nicht. Aktuelle Umfragen sollten für die Union ein Weckruf zur Rückbesinnung auf das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft sein. Mit einem glaubwürdigen Aufstiegsversprechen für alle Menschen durch Chancengerechtigkeit könnte die Union breite Teile der Bevölkerung wieder mitnehmen. Konkret heißt das: mehr Markt, weniger Staat wagen. Keine Umverteilung und mehr Generationengerechtigkeit, Leistungsanreize statt immer neuer Bürokratie.

Denn während wir in der Corona-Krise dank der Impfkampagne einen Silberstreif am Horizont sehen, werden die wirtschaftlichen Schäden umso sichtbarer. Unverschuldet in Schieflage geratene Unternehmen brauchen optimale Voraussetzungen für ihre Erholung. Digitalisierungstau, Systemwettbewerb mit China, Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft, Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft durch die überfällige Senkung von Steuern und

Sozialausgaben und eine Versöhnung von Ökologie und Ökonomie müssen uns bald stärker beschäftigen.

Machen wir uns ehrlich: Corona hat die strukturelle Krise unseres Landes nicht ausgelöst, sondern nur sichtbar gemacht. Schon im Dezember 2019 gab es klare Alarmsignale: Die Zahl der Arbeitslosen lag über dem Vorjahreswert, das Wirtschaftswachstum war nur noch mit der Lupe wahrnehmbar und die Industrieproduktion sogar deutlich eingebrochen.

Innenpolitisch ist die CDU vor allem in drei Bereichen dringend gefordert: Zum einen muss sie in der Klimapolitik der moralinsuren, planwirtschaftlichen Haltung der Grünen mit deren Hang zu Verboten und staatlicher Gängelerei ein attraktives, technologieoffenes Freiheitsmodell entgegensetzen. Zweitens schwindet das politische Bewusstsein dafür, dass wir unseren Wohlstandsvorsprung zuvorderst einer starken, breitgefächerten Industriestruktur verdanken, auf der auch Tausende Arbeitsplätze für hochwertige Dienstleistungen basieren.

Andere Länder beneiden uns um den mit 23 Prozent noch immer hohen Industrieanteil am Bruttosozialprodukt und die mittelständische Struktur unserer Wirtschaft. Doch Deutschlands Wettbe-

werbsfähigkeit hat in den zehn Jahren des Aufschwungs durch steigende Standortkosten und die höchsten Strompreise Europas stark gelitten. Staatlich festgesetzte Mindestlöhne schwächen die Tarifautonomie. Gute Unternehmer, die in Deutschland für Arbeitsplätze sorgen und ihre Steuern zahlen, tragen zum Gemein-

wohl bei. Das scheint in Vergessenheit zu geraten. Die CDU muss im Wahljahr vernehmbar daran erinnern und die Industrie durch eine Zukunftsstrategie stärken.

Drittens sollten wir uns endlich eingestehen, dass ein Übermaß

an Bürokratie die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts senkt und Innovationen hemmt. Deshalb müssen alle Regelungen auf den Prüfstand und Verfahrensabläufe zügig digitalisiert werden.

Auch im sozialen Bereich wäre eine Rückbesinnung auf Ludwig Erhards Diktum „Maß halten“ überfällig. Seit 1991 sind die Ausgaben für Soziales von 400 Milliarden auf eine Billion Euro gestiegen. Nach der Ausgabenexplosion in der Pandemie muss die nächste Bundesregierung möglichst rasch zum Prinzip der soliden Haushaltsführung zurückfinden und es nicht nur in Berlin verteidigen, sondern auch in Brüssel. Wer wie die CDU das europäische Projekt langfristig

weiterentwickeln will, muss deshalb entschieden gegen mehr Schulden und für eine schnellstmögliche Rückkehr zum Stabilitätspakt eintreten.

Auch ist es höchste Zeit für tiefgreifende Reformen: Seit 2013 haben die großen Koalitionen Schröders Agenda 2010 abgewickelt und einen alsbald unverdaulichen Cocktail an Maßnahmen zulasten des Wirtschaftsstandortes und künftiger Generationen durchgesetzt. Sozialgeschenke treiben die Abgabenlast weiter in die Höhe – wenn in der kommenden Legislaturperiode die ersten geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand treten, wird uns diese Hypothek schwer belasten. Und die Staatsquote liegt inzwischen bei rund 54 Prozent.

Deutschland benötigt jetzt einen klaren Richtungswechsel, hin zu einem verbindlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kompass. Denn was verteilt wird, muss vorher erwirtschaftet werden, um den jüngeren Generationen nicht Schuldenberge, sondern ein innovatives und zukunftsfähiges Land zu hinterlassen. Bürgerliche Parteien und die Wirtschaft haben mit der Sozialen Marktwirtschaft die besseren Argumente auf ihrer Seite. Sie sollten offen dafür werben, dass soziale Gerechtigkeit nur mit wirtschaftlichem Erfolg nachhaltig gelingt.

Wolfgang Steiger ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V.